

//PRESSEINFORMATION//

32/2022

Saarbrücken, 14.07.2022

GEW drängt auf höhere Bildungsausgaben

Armuts- und Reichtumsbericht legt hohes Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen dar

Saarbrücken – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Saarland (GEW), fordert angesichts des kürzlich veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichts höhere Investitionen im Bildungsbereich. „Die Studien legen schonungslos dar, dass das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen im Saarland gestiegen ist und sich weiter verfestigt. Wir müssen diese Übertragung der Armut von Generation zu Generation durch massive Investitionen im Bildungsbereich durchbrechen,“ mahnt der Landesvorsitzende Max Hewer.

Im frühkindlichen Bereich hat das Saarland mit dem stufenweisen Wegfall des Kita-Beitrages bereits den Weg zu kostenfreier Bildung für alle eingeschlagen. Die Bildungsgewerkschaft sieht in den Kindertagesstätten jedoch einen anhaltend hohen Bedarf ausreichend zu personalisieren, um neben der Kostenfreiheit auch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrags vor Ort zu gewährleisten. Bei Ausbau und Personalisierung muss außerdem ein sozialindiziertes Verfahren angewendet werden, um allen Orts- und Stadtteilen gleichermaßen gerecht zu werden.

Um das Armutsrisiko zu senken, haben die Grundschulen eine besondere Rolle inne, da sie die Grundlage für den weiteren Bildungsweg für alle Schüler:innen legen. Gleiches gilt für die Gemeinschaftsschulen und die beruflichen Schulen, da sie alle Schulabschlüsse anbieten und als durchlässige Systeme Aufstiegsmöglichkeiten bieten. In diesen Schulen braucht es vor allem kleinere Klassen, um die Schüler:innen individuell zu fördern und zu einem bestmöglichen Abschluss führen zu können. Dies muss laut der Bildungsgewerkschaft mit dem weiteren kontinuierlichen Ausbau des gebundenen Ganztags begleitet werden.

„Der Armuts- und Reichtumsbericht hat klargestellt, dass das Armutsrisiko wesentlich durch die schulische Ausbildung bestimmt wird und ein Schulabschluss dies deutlich reduziert. Wir müssen also heutige Investitionen in Bildung als Kredit sehen, der sich später in deutlich weniger Kosten im Sozialbereich auszahlen wird,“ so Max Hewer. ■